

hierbei nicht um eine echte Kontrollgruppe im Sinne eines Matched-Pairs-Ansatzes handelt.

Tabelle 2:

Betriebliche Kenngrößen^a des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands nach Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme an der GA-Förderung; gepoolte Daten 1999 bis 2001, hochgerechnete Werte

	GA-gefördert	nicht GA-gefördert	alle Betriebe
Beschäftigte	47	16	18
Investitionen je Beschäftigten (in Euro)	31 976	11 568	13 804
Wertschöpfungsproduktivität (in Euro)	42 158	32 707	37 433
Bewertung der Ertragslage (in %)			
sehr gut, gut	21,6	31,6	30,9
befriedigend	30,5	40,0	38,3
schlecht, sehr schlecht	47,9	29,4	30,8
<i>Nachrichtlich:</i> Beobachtungen	<i>9 139</i>	<i>118 530</i>	<i>127 669</i>

^a Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IAB-Betriebspanel.

Hinsichtlich der Wertschöpfung kann im Verarbeitenden Gewerbe ein etwa 30% höherer Wert bei GA-geförderten Betrieben festgestellt werden.

Dieser Befund unterstreicht die Bemühungen um den zielgerichteten Einsatz der GA-Fördermittel, denn die Grundidee der Gemeinschaftsaufgabe sieht vor, mit den Regionalbeihilfen nicht Erhaltungssubventionen zu zahlen, sondern wettbewerbsfähige Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen.

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ergibt sich aus der Abfrage nach der Ertragslage der Betriebe. Hierbei kommt zum Vorschein, dass die Ertragslage von GA-geförderten Betrieben geringfügig schlechter eingeschätzt wird als von allen Betrieben sowie auch von den nicht geförderten. So zeigt sich, dass der Anteil der Betriebe mit einer sehr guten bzw. guten Ertragslage unter den GA-geförderten Betrieben im Bezug zur Vergleichsgruppe kleiner ist, der Anteil mit schlechter bzw. sehr schlechter Ertragslage jedoch größer.

Eine Interpretation dieses Resultats fällt nicht leicht. Zum einen könnte es sein, dass die GA-Förderung – entgegen ihrer politischen Zielsetzung – den Fortbestand nicht zukunftsfähiger Betriebe verlängert. Dem widerspricht andererseits eine höhere Wertschöpfungsproduktivität und eine stärkere überregionale Orientierung der GA-geförderten Betriebe.²¹ Insoweit besteht weiterer Forschungsbedarf.

Andreas.Stierwald@iwH-halle.de

Ostdeutscher Arbeitsmarkt: Besserung noch nicht in Sicht

Im Jahr 2003 hat sich im Gefolge der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Produktionsschwäche die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. So ging die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 95 000 Personen bzw. 1,7% zurück; die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag um 43 000 über dem Vorjahresniveau.

Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich nicht im gleichen Ausmaß wie die Erwerbstätigenzahl zurück ging. Dies ist im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen: Zum einen ist die Zahl der potentiell Arbeitssuchenden, d. h. die Zahl der Erwerbsfähigen, im Jahr 2003 um fast 40 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Zum anderen nahm die Zahl der Personen zu, die ihre Arbeitslosmeldung nicht erneuert bzw. nicht aktiv an der Arbeitssuche mitgewirkt und damit

zeitweise ihren Status als registrierter Arbeitsloser verloren hat. Zudem nahm die Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen gemäß § 428 Sozialgesetzbuch (SGB) III zu.

Gesetzliche Neuregelung drückt im Jahr 2004 registrierte Arbeitslosigkeit

Im Durchschnitt des Jahres 2004 wird wegen des schwachen Produktionswachstums die Erwerbstätigkeit nochmals um 50 000 Personen gegenüber dem Vorjahr abnehmen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird jedoch nicht steigen, sondern um 25 000 Personen niedriger ausgewiesen werden als im Vorjahr.

²¹ Bei GA-geförderten Betrieben ist der Anteil des überregional erzielten Umsatzes ca. 50% höher als bei nicht GA-geförderten Betrieben.

Tabelle:
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

		2001	2002	2003	2004
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 640	9 548	9 510	9 470
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 842	5 745	5 650	5 600
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 692	5 624	5 557	5 510
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	148	150	175	185
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 544	5 474	5 382	5 325
6	Pendlersaldo	-392	-410	-420	-425
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 234	6 155	6 070	6 025
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 084	6 034	5 977	5 935
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 936	5 884	5 802	5 750
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 698	1 719	1 711	1 710
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 274	1 317	1 292
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)]</i>	439	445	394	418
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	42	45	47
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	20	16	14
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	150	121	93	90
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	120	80	75
17	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>				25
18	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	6	5	5
19	<i>Vorruehändler^d</i>	81	99	125	130
20	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	7	10	12
21	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	24	30	20	20
22	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(20)]	7 763	7 726	7 662	7 619
		in % (Inländerkonzept)			
23	Erwerbsbeteiligungsquote [(22)/(1)*100]	80,5	80,9	80,6	80,5
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	63,1	63,2	62,8	62,7
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	61,6	61,6	61,0	60,7
26	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,7	64,5	63,8	63,6
27	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	21,9	22,3	22,3	22,4
28	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	76,2	76,5	79,6	78,3
29	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)-(14)+(11)+(13)] * 100}	17,2	17,7	18,4	18,2
30	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (22) * 100}	7,6	7,7	7,4	7,9
		in Millionen Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(32)*(2)/1000]	9 016	8 791	8 633	8 565
		in Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 543,4	1 530,3	1 528,0	1 529,5
		in 1 000 Personen			
33	Gemeldete Stellen	63,4	65,5	53,5	
34	Offene Stellen insgesamt ^g	140	
		Personen			
35	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(33)*100]	26,8	26,3	32,0	
36	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(34)*100]	12,1	

Tabellenerklärung:

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch PSA betreuten Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Einschließlich traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Januar 2004); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2004: Prognose des IWH.

Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.
2. Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen künftig separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 17) erfasst.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist ausschließlich auf eine gesetzliche Neuregelung zurückzuführen. Mit dem Dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, wurde der § 16 des Sozialgesetzbuches III ergänzt. Demnach werden nunmehr prinzipiell alle Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als arbeitslos registriert. Mit Ausnahme der Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen wurde diese Regelung bisher für alle Maßnahmen bereits praktiziert. Ab 1.1.2004 werden nunmehr auch die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Damit werden in diesem Jahr etwa 25 000 Personen, die jahresdurchschnittlich in diesen Maßnahmen tätig sein wer-

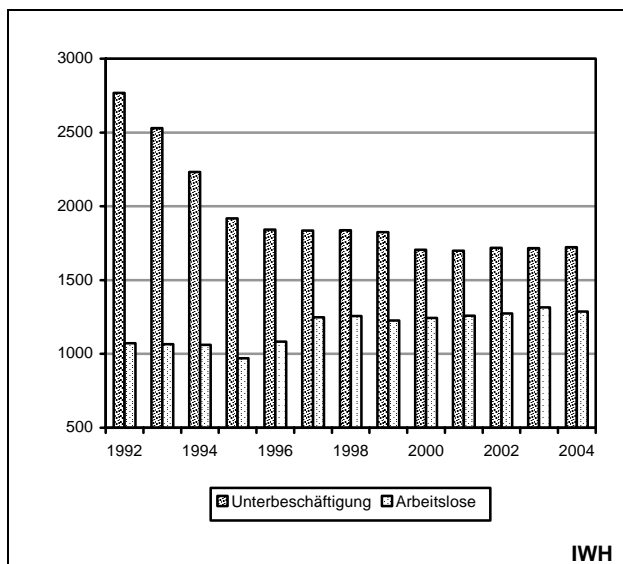
den, nicht mehr als arbeitslos registriert.²² Sie zählen jetzt zur so genannten Sonstigen Unterbeschäftigung.²³ Diese rechtliche Neuregelung führt demnach nur zu einer „Umbuchung“ zwischen der registrierten Arbeitslosigkeit und der sonstigen Un-

²² Im Konjunkturausblick des IWH für das Jahr 2004 wurde darauf hingewiesen, dass ab dem Jahr 2004 in der Zahl der registrierten Arbeitslosen die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr enthalten sein könnten. Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick des IWH für das Jahr 2004: Das lange Warten auf den Aufschwung geht vorüber, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2004, S. 14. Da dies zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Prognose noch nicht endgültig klar war, wurde damals von einer Arbeitslosenzahl für das Jahr 2004 von 1,315 Mio. Personen ausgegangen. Dieser Wert unterscheidet sich von der hier angegebenen Prognose im Wesentlichen um die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen.

²³ Vgl. auch Anmerkung 2 zur Tabelle Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland.

terbeschäftigung und hat keinen Einfluss auf die Höhe der Unterbeschäftigung insgesamt.

Abbildung:
Unterbeschäftigung und registrierte Arbeitslosigkeit von 1992 bis 2004 in Ostdeutschland (ohne Berlin) - 1 000 Personen -



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2004: Prognose des IWH.

Unterbeschäftigung auf unverändert hohem Niveau

Die Zahl der Unterbeschäftigten wird im Jahr 2004 ca. 1,7 Mio. Personen betragen. Damit verharrt sie seit dem Jahr 2000 auf einem fast unverändert hohen Niveau (vgl. Abbildung). Innerhalb der Unterbeschäftigung vollzogen sich jedoch strukturelle Verschiebungen: Während die Anwendung der traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung deutlich zurückgingen, nahm insbesondere die Zahl der Vorruehändler erheblich zu.

Der starke Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen hat nach wie vor Einfluss auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt: Infolge der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste wird in diesem Jahr die Erwerbsfähigenzahl nochmals um 40 000 Personen abnehmen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Personen, die sich aufgrund des mangelnden Arbeitsplatzangebots resigniert vom Arbeitsmarkt zurückziehen, zunimmt. Dies führt zu einem weiteren Aufbau der Stillen Reserve.

Alles in allem dürfte eine leichte Besserung am Arbeitsmarkt frühestens im Jahr 2005 zu erwarten sein.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt in Ost- und Westdeutschland

Seit einigen Jahren ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sehr angespannt. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Nachfrage nach Lehrstellen regelmäßig höher als das Angebot. In der Vergangenheit konnte dieser regionale Mangel an Ausbildungsplätzen zu einem großen Teil durch den Angebotsüberschuss in den alten Bundesländern und die Mobilität der Auszubildenden aufgefangen werden. Im Ausbildungsjahr 2003/2004 entstand auch in den alten Bundesländern ein Nachfrageüberschuss, sodass sich die Lage im gesamten Bundesgebiet verschärfte.

Vor diesem Hintergrund fordern Vertreter verschiedener politischer Institutionen eine Ausbildungsplatzumlage von Betrieben, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Der vorliegende Beitrag dokumentiert die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten

Jahren und diskutiert die potenziellen Folgen einer Ausbildungsplatzumlage. Die Analyse legt nahe, dass das unzureichende Angebot an Ausbildungsplätzen vornehmlich auf strukturelle Probleme in den neuen Bundesländern und die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zurückzuführen ist. Auf der Nachfrageseite ist ab 2007 aufgrund der demographischen Entwicklung mit einer deutlichen Entspannung zu rechnen. Die Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage ist kein geeignetes Mittel zur Lösung der Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Neben dem mit der Erhebung der Umlage verbundenen Verwaltungsaufwand könnten Mitnahmeeffekte und die Bemühung der Unternehmen, eine Ausbildungsberechtigung zu umgehen, zu den unerwünschten Folgen einer Ausbildungsplatzumlage zählen.